

Bisher lediglich Zeit gewonnen

380-KV-Trasse: Raumordnungsverfahren wird wohl nicht ausgesetzt

HARPSTEDT (boh) ■ Das laufende Raumordnungsverfahren (ROV) für die 380-KV-Trasse von Ganderkesee nach St. Hülfe könne – im Unterschied zum gestoppten ROV für die so genannte Y-Trasse – nicht ausgesetzt werden, da es schon sehr weit fortgeschritten sei und sonst die Antragstellerin, die E.ON Netz GmbH, womöglich Schadenersatzansprüche geltend machen werde. Das nahm Samtgemeindebürgermeister Uwe Cordes dieser Tage während einer Podiumsdiskussion des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes in der Cloppenburg Stadthalle seitens der Regierungsvertretung Oldenburg zur Kenntnis.

Gleichwohl will der Verwaltungschef die von der Stromleitung betroffenen Kommunen Ganderkesee, Twistringen, Barnstorf, Rehden und Diepholz sowie Prinzhöfte und Winkelsett animieren, dem Vorstoß von Colnrade und der Samtgemeinde Harpstedt zu folgen und ebenfalls die Verfahrensaussetzung zu beantragen.

Immerhin: Die „Raumordnung“ zieht sich länger hin, als erwartet worden war. Zu-

mindest den Teilerfolg, Zeit gewonnen zu haben, kann sich die Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht, Hochspannung“ auf ihre Fahnen schreiben. Nun wird zum Jahresende mit dem Verfahrensabschluss gerechnet. Bereits im Herbst sei der Erörterungstermin zu erwarten, tat Uwe Cordes kund. Etwa 1500 Einwendungen sind eingegangen.

In Cloppenburg waren auch Landespolitiker vertreten. Die hätten im Wesentlichen die Position des Städte- und Gemeindebundes geteilt, berichtet Cordes. Deutlich hätten sich SPD und Grüne für eine Erdverlegung ausgesprochen. Die CDU habe sich schon etwas „gewunden“, die FDP ganz deutlich gemacht, dass eine unterirdische Lösung nur in Frage komme, wenn sie auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu rechtfertigen sei. Die E.ON Netz GmbH und die Regierungsvertretung Oldenburg hätten betont, die Erdverlegung sei nicht „Stand der Technik“.

Die von der Landesregierung in Auftrag gegebene Vergleichsstudie zur Untersuchung der technischen Stromübertragungsalternati-

ven war ebenso ein Thema. Die Befürchtungen der IG „Vorsicht, Hochspannung“, wonach zwar betriebs-, aber nicht volkswirtschaftliche Aspekte berücksichtigt würden, hätten sich bestätigt, so Cordes.

„Böse Zungen in den Reihen der Trassengegner können sich ohnehin des Eindrucks nicht erwehren, dass schon bei der Vergabe des Auftrags an das Institut „For Wind“ mehr oder weniger feststand, wie die Ergebnisse ausfallen werden, zumal die schon in zwei bis drei Monaten vorliegen sollen: „Man fragt sich, wie eine aussagekräftige Studie in so kurzer Zeit erarbeitet werden soll“, so Cordes.

Anders als bei einer Freileitung wäre für eine unterirdische Lösung kein Planfeststellungsverfahren nach abgeschlossenem ROV nötig, sondern nur ein einfaches – nichtöffentliches – Genehmigungsverfahren (nach dem Niedersächsischen Wasser- und Straßengesetz und Naturschutzgesetz), so der Samtgemeindebürgermeister. Allerdings müssten privatrechtliche Einigungen mit den Grundstückseigentümern erzielt werden.